

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Lukas Hammer, Kolleginnen und Kollegen

betreffend Regionalbahnen attraktivieren statt zusperren

eingebracht im Zuge der Debatte über den Bericht des Ausschusses für Verkehr und Mobilität über den Bericht des Bundesministers für Innovation, Mobilität und Infrastruktur betreffend ÖBB-Rahmenplan 2025-2030 (176 d.B.) (Top 9)

BEGRÜNDUNG

Die Schiene ist sicher, leistungsfähig, energieeffizient und daher klimaschonend, und zentrale Verkehrsader für die Menschen in den Regionen. Die Schiene muss daher im Zusammenspiel der Verkehrsträger wo immer möglich weiter gestärkt werden. Bahninvestitionen sichern auch weit mehr Arbeitsplätze fürs gleiche Geld, insbesondere im Vergleich zum höher- und hochrangigen Straßenbau.

Im Umfeld des neuen, von Kürzungen und Verschiebungen geprägten ÖBB-Rahmenplans 2025-2030 wurde bekannt, dass Bund und ÖBB entgegen bisherigen Vereinbarungen mit den betroffenen Ländern mehrere Regionalbahnstrecken insbesondere in Oberösterreich und der Steiermark zusperren wollen.

Konkret werden Mühlkreisbahn, Almtalbahn und Hausruckbahn in Oberösterreich und Thermenbahn in der Steiermark gänzlich in Frage gestellt. Zudem werden wichtige Infrastrukturprojekte bei weiteren Regionalbahnstrecken um bis zu 12 Jahre aufgeschoben, darunter wichtige Elektrifizierungs- und Attraktivierungsprojekte, auch für Strecken mit Güterverkehr. Schließlich soll auch bei den nicht von der ÖBB betriebenen Regionalbahnen („Privatbahnen“) ab sofort weit weniger gemeinsam investiert werden als nötig.

All dies steht in krassem Gegensatz zum nicht viel mehr als 100 Tage alten Regierungsprogramm der Bundesregierung, welches ausdrücklich das „Bekenntnis zur nachhaltigen Absicherung und zum infrastrukturellen Ausbau von Regional-, Neben- und Privatbahnen“ betont.

Dieser Widerspruch hat zu breiter und scharfer Kritik nicht zuletzt der Länder geführt.

So hat der Steiermärkische Landtag auf Initiative der Grünen bereits folgenden einstimmigen (ÖVP, SPÖ, Neos, FPÖ, Grüne, KPÖ) Beschluss gefasst:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, an den Bundesminister für Innovation, Mobilität und Infrastruktur heranzutreten und das Gespräch mit den ÖBB zu suchen, um sich bei diesen gegen die geplanten Änderungen für die Steiermark im ÖBB-Rahmenplan 2025 bis 2030 auszusprechen und sich für eine nachhaltige Stärkung der steirischen Bahninfrastruktur einzusetzen.“

Im Antrag wird auch daran erinnert, dass zwischen Bund und Land nicht das Zusperren, sondern die „Weiterentwicklung der regionalen steirischen Bahnlinien im Dialog mit allen Beteiligten“ vereinbart ist.

Im Oberösterreichischen Landtag wurde mittlerweile ebenfalls ein einstimmiger (ÖVP, SPÖ, Neos, FPÖ, Grüne, MFG) Beschluss gegen die Pläne von ÖBB und Bundesregierung gefasst:

„Der Oö. Landtag bekennt sich zu den oberösterreichischen Regionalbahnen als zentrale Verkehrsadern in ländlichen Regionen und ersucht die Oö. Landesregierung, sich bei der Bundesregierung für deren Erhalt und Weiterentwicklung einzusetzen.“

ÖVP-LH Thomas Stelzer veröffentlichte dazu folgende Stellungnahme:

„Mobilität braucht Verlässlichkeit! Jene Bahnstrecken in Frage zu stellen, die für die Pendler aus den ländlichen Regionen von enormer Bedeutung sind, ist gegen jede verkehrspolitische Vernunft. Für Pendlerinnen und Pendler aus ländlichen Regionen sind diese Verbindungen von enormer Bedeutung. Die Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs wurde in Oberösterreich gemeinsam mit Bund und ÖBB beschlossen und muss auch weiterhin gelten.“

Ähnliche Kritik im Hinblick auf geltende Vereinbarungen mit Bund und ÖBB übten auch Landesregierungsmitglieder von SPÖ und ÖVP aus Kärnten („Hiobsbotschaft“) oder Tirol („schmerhaft“).

Zuletzt hat sich auch der Niederösterreichische Landtag einstimmig (ÖVP, SPÖ, Neos, FPÖ, Grüne) für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs und gegen Verzögerung und Zurückfahren wichtiger Bahnprojekte ausgesprochen. Dies vor dem Hintergrund eines erst 2023 mit Bund und ÖBB vereinbarten neuen Verkehrsdienstevertrags mit Angebotsausbau-Inhalten, die nun in Frage gestellt werden – darunter mehrere Regionalbahn-Attraktivierungen.

Insgesamt scheint somit seitens der Länder niemand die medial verbreitete Meinung des zuständigen Bundesministers zu teilen, wonach er mit den aktuellen Maßnahmen „paktreu gegenüber dem Gesamtsystem“ sei, und es dürfte bis zum Auftakt in Oberösterreich zur Monatswende Juni/Juli 2025 auch keinerlei „seriöse Diskussion“ mit den Ländern stattgefunden haben.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSAНTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung und insbesondere der Bundesminister für Innovation, Mobilität und Infrastruktur wird aufgefordert, Verhandlungen mit allen Bundesländern aufzunehmen mit dem Ziel, im Einklang mit dem Regierungsprogramm die Regionalbahnen zu attraktivieren statt zuzusperren.“

(SCHALLMOELLER)

(Poglitsch)
(Hans L.)

www.parlament.gv.at

R. W.
EZK (BZG)
R. Wörndl
BZG

